

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

7.3.1884 (No. 57)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 7. März.

№ 57.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 6. März.

Die Hauptaufgabe des am heutigen Tage wieder zusammentretenden deutschen Reichstags werden für die beginnende Session Gesetzentwürfe sozialpolitischer Natur bilden. Die „Prov.-Corr.“ bezeichnet als solche die Unfallversicherung, die Verlängerung des Socialistengesetzes, das Gesetz über Aktien- und Aktien-Kommanditgesellschaften, die Novelle zum Hilfskassen-Gesetz. Der Schwerpunkt der Aufgabe bestimme darin, den äußeren Frieden zur Herstellung und Befestigung des inneren Friedens und der Eintracht zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen zu benutzen. Je mehr man, äußert die „Köln. Ztg.“, von der Unerlässlichkeit außerordentlicher Befugnisse gegen die thätige Socialdemokratie überzeugt ist, um so dringlicher erscheint auch eine positive Lösung der socialen Frage. Bei aller Anerkennung der Bedeutung des Krankenkassen-Gesetzes darf darüber doch kaum Zweifel bleiben, daß jener Anfang zur Lösung der unserer Zeit eigenthümlichen socialpolitischen Aufgaben erst mit dem Unfallversicherungsgesetz gemacht werden wird. Dieses Gesetz bildet darum den Schwerpunkt der beginnenden Session. Wenn jetzt die zweite Legislaturperiode seit Erlaß des Socialistengesetzes zu Ende ginge, ohne daß außer der Repression der verbrecherischen Ausschreitungen jener die untern Volksschichten bewegenden Unzufriedenheit etwas Wesentliches zur Befriedigung ihrer wirklich berechtigten Forderungen zustande käme, so möchte leicht die Leistungsfähigkeit unseres gesetzgebenden Organismus überhaupt in Frage gestellt werden können. Wer es mit dem Vaterlande und wer es mit der konstitutionellen Staatsordnung aufrichtig meint, der wird alles daran setzen müssen, trotz aller Hindernisse eine rein sachgemäße Behandlung der großen Aufgaben möglich zu machen. Dabei wird auch gleich anfangs der verhängnisvolle Irrthum ferngehalten werden müssen, als ob es sich bei den jetzt schwebenden socialpolitischen Plänen im Grunde nur um die persönlichen Anschauungen eines einzigen mächtigen Mannes handelte, als ob dieselben, wenn man ihre Verwirklichung jetzt verhinderte, eines Tages wie ein böser Traum dahingeschwunden sein würden. Die allgemeinen Ideen der Bismarckschen Socialpolitik ziehen ihre Stärke nicht aus dem großen Namen, der sie an erster Stelle vertritt, sondern aus den Verhältnissen unserer Zeit. Es sind sociale Fragen vorhanden, die gelöst werden müssen, von einer liberalen Gesetzgebung so gut wie von einer konservativen.

Ähnlich wie in Deutschland und anderen Staaten, zeigen sich auch in der Schweiz Anfänge und Anläufe zu einer socialpolitischen Reformarbeit. So ist die Baseler Regierung schon seit Jahren beschäftigt, einen passenden Modus für die Krankenversicherung zu finden, aber bis jetzt sind ihre Anstrengungen noch nicht von Erfolg gewesen. Am Freitag kam diese Angelegenheit im Großen Rathe zur Berathung, aber derselbe hat die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Krankenpflege zur Zeit abgelehnt. Dagegen ist die Regierung eingeladen worden, einen Gesetzentwurf betr. die unentgeltliche Beerdigung vorzulegen, sowie den Gesetzentwurf über die obligatorische Krankenversicherung im Sinne der Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen, der Erweiterung der Poliklinik, der Reduktion der Versicherungsprämien und einer entsprechenden finanziellen Betheiligung des Staates beförderlich umzuarbeiten.

Die Züchtigung, welche die Engländer den Rebellen beim Brunnen El Teb angedeihen ließen, hat offenbar auf die letzteren nicht den Eindruck gemacht, daß sie aufhören, recht unangenehme Gegner zu sein. Der schnelle Rückmarsch des Generals Graham charakterisirt sich nicht bloß als das Aufgeben einer werthlos gewordenen Stellung, wie Tokar es nunmehr ist, sondern auch als schleuniger Abmarsch zur Sicherung der bedrohten Station Suakin. Der General ist am letzten Ort gestern Nachmittag mit seinem Stab eingetroffen; die englischen Truppen werden unverweilt in einiger Entfernung südlich von Suakin aufgestellt. Die Stadt selbst ist ruhig. Osman Digma lagert bei den etwa 15 Kilom. westlich von Suakin gelegenen Quellen. Möglicherweise ergibt sich die Nothwendigkeit, ihn hier aufzusuchen und den Kampf zu erneuern.

Die Pforte scheint einzusehen, daß sie im Begriff stand, einen unklugen Schritt zu thun, als sie auf der Insel Kreta an Stelle des Griechen Photiades einen Vollbluttürken und Muselman als Gouverneur einsetzen wollte. Die Notabeln von Kreta haben sich an die bei der Pforte beglaubigten Gesandten der Mächte gewandt, mit der Erklärung, daß die Ernennung eines muslimännischen Gouverneurs unsehrbar einen Aufstand zur Folge hätte. Einer Meldung des „Bureau Reuter“ zufolge läßt die Pforte nunmehr die Nachricht von der vollzogenen Ernennung Halil Rifaat's für unbegründet erklären, mit dem Bemerkten, daß die auf Kreta bezüglichen Fragen noch erwogen

würden. Diese Erklärung soll auch bereits einen beruhigenden Eindruck gemacht haben.

Dem Bundesrathe ist nunmehr auch der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Militärpensions-Gesetzes vom 27. Juni 1871 und des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 zugegangen. Die beiden früheren Gesetzentwürfe sind in einen zusammengefaßt und weisen in materieller Hinsicht keinerlei Abänderungen auf. Auch die Begründung, welche ziemlich kurz gehalten ist, wiederholt im Wesentlichen die früheren Darlegungen. Es wird der jetzige Zustand geradezu als ein unhaltbarer bezeichnet, durch welchen trotz des höchsten Pflichtgefühls der qualende Gedanke an eine unverdient traurige Zukunft lähmend auf die Freudigkeit des Schaffens einwirken muß. Die Mehrausgabe würde sich für die unter preussischer Militärverwaltung stehenden Kontingente auf 1,750,000 M., für Sachsen auf 146,000 M., Württemberg 100,000 M., für die Marine auf 43,000 M. jährlich belaufen und eine Erhöhung der bayrischen Quote um etwa 266,000 M. zur Folge haben, im Ganzen jährlich 2,305,000 M. betragen, eine Summe, welche jedoch erst nach einer längeren Reihe von Jahren zur Herausgabe gelangen würde, während die Mehrausgabe für das erste Jahr für die Kontingente von Preußen, Sachsen und Württemberg auf 114,000 M., für die Marine auf 2500 M. und für Bayern auf 15,000 M., zusammen auf 131,500 M. zu veranschlagen ist. In der Einleitung zur Begründung heißt es u. a.: „Angesichts der Dringlichkeit der beabsichtigten Reformen, welche namentlich gegenüber der mit dem 1. April 1882 in Kraft getretenen Neuordnung der Pensionsverhältnisse der preussischen Staatsbeamten sich geltend macht, können die verbündeten Regierungen sich der Verpflichtung nicht entziehen, ihre Vorschläge zu erneuern. Dabei ist der bestehende untrennbare Zusammenhang zwischen den auf die bezeichneten Kategorien von Reichsfunktionären bezüglichen Vorschlägen durch Verschmelzung der letzteren in einen Gesetzentwurf zum Ausdruck gebracht.“

Wir lesen in der „Nationalliberalen Korrespondenz“:

„Zur Rechtfertigung der Aufsehen erregenden Aushabung des Kolportageparagrafen seitens der Hauptmannschaft in Pirna erläßt diese Behörde eine Erklärung, welche die Angelegenheit allerdings in wesentlich günstigerem Lichte erscheinen läßt. Darnach hat der betreffende Kolporteur bei Vorlegung seines Verzeichnisses erklärt, daß er nicht beabsichtige, die dafelbst aufgeführten mehr als hundert Schriften sämmtlich zu kolportiren. Aufgefordert, diejenigen Schriften, welche er zu kolportiren gedenke, vorzulegen, hat der Betreffende eine größere Anzahl von Druckschriften eingereicht mit der Erklärung, daß er andere nicht kolportiren wolle. Aus dem Verzeichniß sind alsdann diejenigen Schriften gestrichen worden, welche nicht mit vorgelegt worden oder welche mit Zustimmung von Prämien vertrieben werden sollten. Ueber den Inhalt der gestrichenen Schriften sollte damit ein Urtheil nicht abgegeben werden, und eine Nachschrift theilt uns mit, daß dem Kolporteur nachträglich sämmtliche beanstandeten Schriften freigegeben worden sind. Die Sache ist damit in befriedigender Weise aufgeklärt; nur die eine Frage erhebt sich auch hier wieder, ob ein Kolporteur verpflichtet ist, von den Druckschriften, die er zu führen gedenkt, nur ein Verzeichniß oder ein wirkliches Exemplar bei der Behörde zur Genehmigung einzureichen. Eine authentische Interpretation der bezüglichen Bestimmung wäre wünschenswerth.“

Berlin, 6. März. (Tel.) Separationisten und Fortschrittspartei erlassen einen Aufruf, worin sie ihren Gesinnungsgenossen den Vorschlag zur Vereinigung beider Parteien unter dem Namen „Deutsche freisinnige Partei“ zur Billigung unterbreiten. Als Einigungspunkte werden im Wesentlichen aufgestellt: Verantwortliches Staatsministerium, einjährige Finanzperioden, Erhaltung des geheimen und direkten allgemeinen Wahlrechts, Diätenbewilligung an die Volksvertreter, gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgesellschaften, Bekämpfung des Staatssozialismus, Entlastung der nothwendigen Lebensbedürfnisse von Auflagen, möglichste Abkürzung der Militär-Dienstzeit, Feststellung der Friedenspräsenzstärke innerhalb jeder Legislaturperiode. Der Aufruf schließt mit den Worten: Das alles zur Befestigung der nationalen Einheit in Treue gegen den Kaiser auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaats.

Deutschland.

* Berlin, 5. März. Se. Majestät der Kaiser empfing heute den Fürsten Maximilian von Thurn und Taxis und beabsichtigt, heute Abend einer Einladung des englischen Botschafters zur Tafel Folge zu leisten. — Um 2 Uhr fand auf dem Kirchhofe der katholischen Hedwigs-Gemeinde die Beerdigung des verstorbenen spanischen Militärbevoll-

mächtigten Oberst Don Jose Espi statt. Das diplomatische Corps nahm sehr zahlreich an der Feier theil. Der Kronprinz hatte zu seiner Vertretung einen seiner Adjutanten gesandt. — Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenarsitzung den Antrag auf Verlängerung des Socialistengesetzes angenommen und sich außerdem mit verschiedenen kleineren Vorlagen, darunter eine über die Preisengerichtbarkeit, beschäftigt.

Für die Präsidentenwahl im Reichstag werden in den Fraktionen heute erst die Entschlüsse gefaßt werden. Die Wiederwahl der Herren v. Levetzow und v. Franckenstein wird nicht bestritten. Ob Herr v. Levetzow bereit ist, eine Wiederwahl anzunehmen, wird als nicht absolut sicher betrachtet. Die Stelle eines zweiten Vizepräsidenten dürfte, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, dem Herrn Ackermann bestritten werden. Doch ist, wie das genannte Blatt schreibt, gegenüber den Parteikombinationen, die sich in überraschender Weise vorbereiten, die Lage noch nicht geklärt.

Das Dankschreiben für die Lasker-Resolution der nordamerikanischen Repräsentantenkammer, welches bekanntlich an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden ist, ist, wie die „Lib. Korr.“ schreibt, von den Abgeordneten Dr. Bamberger, Dr. Georg v. Bunsen, v. Jordanbeck, Dr. Friedrich Rapp, Rikert und Schrader namens ihrer politischen Freunde an den Präsidenten des Repräsentantenhauses zu Washington gerichtet worden. Das Repräsentantenhaus in Washington dürfte aber, wie die „Münch. Allg. Ztg.“ ausführt, neben seinem Beileidsbeschlusse über das Hinscheiden Laskers noch in einen anderen internationalen Schriftwechsel verwickelt werden, und zwar diesmal wirklich auf Provocation von dieserseits. Der deutsche Bimetallist Dr. Arendt hat nämlich kürzlich an seinen amerikanischen Bundesgenossen, den seiner Zeit vielgenannten Herrn Kelley, ein Schreiben gerichtet, um ihn seiner Sympathie mit der in Amerika lebhaft betriebenen Agitation für Suspension der Bland-Bill zu versichern. Dr. Arendt geht aber noch weiter. Er erbietet sich, falls Herr Kelley es für nützlich erachte, die bimetalistischen Gesellschaften Englands, Belgiens und Deutschlands zu veranlassen, per Kabel an den Kongreß eine Adresse zu richten, welche um die Annahme des Suspensionsantrages im Interesse des Bimetallismus bäte.

Köln, 5. März. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Rom gemeldet: Die Ernennung Ledochowski's zum Sekretär der Bittschriftenkommission dürfte als Einleitung zum Abgange von seinem Erzbisthum betrachtet werden; sie wird wahrscheinlich seinen Auszug aus dem Vatikan zur Folge haben.

München, 5. März. Der Landtag genehmigte heute die Lokalbahnen Uebersee-Marquarstein, Weiden-Neustadt-Bohenstrauß, Neumarkt-Weilngries, Hof-Naila-Maggrün, Mühlberg-Helmbrechts und Erlangen-Forch-Gräfenberg. Bankreferent Walter bemerkt persönlich, häusliche Verhältnisse hätten ihn 1880 gezwungen, sich um ein Darlehen von 1800 M. an den Bankpräsidenten zu wenden, dieser habe ihm geantwortet, er müsse vorher mit den Direktionsmitgliedern sprechen; später sei die Bankfiliale in Hof angewiesen worden, die Summe gegen Police und Schuldschein auszusahlen. Bis zum 20. Dezember seien 1600 Mark zurückgezahlt worden, daher treffe weder die Bank noch ihn (Walter) ein Vorwurf; er habe als Bankreferent von 1865-81 seine Thätigkeit erledigt und das Amt wieder übernommen, weil er die Angelegenheit für eine private und gesellschaftliche gehalten; er überlasse dem Hause und dem Volke das unbefangene Urtheil und übergebe dem Präsidium die Privatakten.

Straßburg, 5. März. Der Landesausschuß hat bei der dritten Lesung des Landeshaushalts-Etats die für Verbreitung amtlicher Mittheilungen ausgeworfene Summe von 39,000 M., wie solche in der Regierungsvorlage ursprünglich vorgesehen war, mit 26 gegen 10 Stimmen angenommen. In der vorhergehenden Lesung waren an der erwähnten Summe 19,000 M. gestrichen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. März. Wie der Telegraph aus Rom mitgetheilt, ist dafelbst der Schwiegersohn des Kaisers, Prinz Leopold von Bayern, und seine Gemahlin, Prinzessin Gisela, eingetroffen. Seitens der hohen Herrschaften sind Besuche im Quirinal und im Vatikan in Aussicht genommen. Das Paar reist in strengem Incognito und selbstverständlich werden sich an seine Reise keine wie immer gearteten politischen Kombinationen knüpfen lassen. Allein unbemerkt wird es nicht bleiben, daß die Tochter und der Schwiegersohn des Kaisers von Oesterreich ihre Anwesenheit in Rom dazu benutzen, gleichzeitig der italienischen Königsfamilie einen Besuch abzustatten und dem Papste ihre Aufmerksamkeit zu machen. — Die Abreise der Kaiserin nach Wiesbaden ist auf den 16. März festgesetzt.

Frankreich.

Paris, 5. März. Prinz Viktor, Sohn des Prinzen Napoleon, ist nach Paris zurückgekommen; er begibt sich

nach Moncalieri, da seine Mutter plötzlich erkrankt ist. — Nach Privatberichten aus Tonkin sind dort gegenwärtig die Standgerichte in vollem Gange; General Millot errichtete dieselben, weil es in der Fremdenlegation zu sehr ernstlichen Widersehligkeiten gekommen war. — Die Gefangenen der kleinen Republik Andorra, die in Spanien in Haft gehalten wurden, sind auf Verlangen der französischen Regierung auf freien Fuß gesetzt worden. — Das Kriegsgericht in Lyon hat die sechs Kürassiere freigesprochen, welche als Patrouille ihren Dienst verlassen hatten, um mit Gewalt in eine Schenke einzudringen, und welche alsdann den vom Wirth zu Hilfe gerufenen Stadtfürstlichen Widerstand leisteten. Der „National“ tabelt diese Freisprechung scharf, welche die Ansicht über diesen Fall im Auslande nicht ändern und einen beklagenswerthen Eindruck in der ganzen französischen Armee machen werde. Der Regierungskommissär hatte die Niederschlagung des Urtheils beantragt und dabei die Pariser Zeitungen getadelt, welche den Vorfall übertrieben und so den auswärtigen Blättern Gelegenheit zu kritischen Bemerkungen geboten hätten. — Die Mehrzahl des Ausschusses zur Prüfung des Gesetzes über amerikanisches Salzfleisch ist der Vorlage der Regierung auf Aufhebung des Verbots günstig und spricht im Berichte den Wunsch aus, die Regierung möge mit den Vereinigten Staaten einen diplomatischen Vertrag zur Bildung einer Inspektion in Amerika durch amerikanische Beamte abschließen, welche unter Zuziehung der französischen Konsuln Patente zum freien Eingange auszustellen hätten; dadurch würde der Dienst in Frankreich auf eine einfache Kontrolle beschränkt werden. — Laut Nachrichten aus Tonkin hat der Admiral Courbet, der den Oberbefehl über die Flotte in Tonkin wieder übernommen, einen Kriegszug gegen die Piraten eröffnet: die Flotte mache täglich einige Fänge. Der Gesundheitszustand der algerischen Schützen und der Soldaten der Fremdenlegation in Tonkin hat sich gebessert. — Tissot, der frühere Botschafter in London, ist gestorben. Charles Joseph Tissot, geboren 29. August 1828 zu Paris, wurde, nachdem er an verschiedenen Orten Konsul gewesen, 1869 Botschaftssekretär in London, dann Gesandter in Tanger und Athen und von 1876—1880 Botschafter in Konstantinopel. Tissot galt als Kenner des Orients und als tüchtiger Archäologe.

Großbritannien.

London, 5. März. Nach einer Meldung des „Bureau Neuter“ aus Haiphong den 5. März haben in den letzten Tagen mehrere Scharmügel stattgefunden. Das Wetter ist regnerisch. — Eine Versammlung wurde abgehalten, um die im Oberhause zur Viehseuchen-Vorlage angenommenen Amendements zu beraten. Viele Abgeordnete waren zugegen. Mehrere Redner hoben hervor, die Wirkung der Amendements wäre, daß die Hälfte des gegenwärtig importirten Viehes ausgeschlossen, dadurch der Fleischvorrath von London bedeutend beschränkt und große Noth in den ärmeren Klassen hervorgerufen würde. Eine Resolution wurde angenommen, die Regierung zu bitten, entweder die Amendements abzulehnen oder die Vorlage fallen zu lassen.

— Im Unterhause fand die zweite Lesung der von den Parllamenten eingebrachten Bill, betreffend die Abänderung der irischen Landakte, statt. Der erste Sekretär für Irland, Trevelyan, sprach namens der Regierung gegen die Bill. Er sagte, die Regierung erachte die irische Landakte als die dauernde Lösung aller organischen Punkte der Frage, ausgenommen die Bestimmung betreffend den Ankauf der Pachtgüter, worüber die Regierung nach Herrn Borchgrevink zu machen gedente. Die Bill wurde mit 235 Stimmen gegen 72 abgelehnt.

Rußland.

St. Petersburg, 5. März. Durch kaiserlichen Ukas ist angeordnet, daß das Departement der Inspektion im Marineministerium künftig Hauptmarinestab benannt werden soll. Zum Chef desselben wird der Viceadmiral Tschichatschew I. und zum Gehilfen der Kapitän Rewachowitsch ernannt. Ein gestern erlassener kaiserlicher Tagesbefehl enthält die Ernennung des Generals Tschernajeff zum Mitgliede des Kriegsrathes unter Zuzählung zum Generalstabe und des Generals v. Rosenbach zum Generalgouverneur von Turkestan und Kammandirenden der Truppen des turkestanischen Militärbezirks.

Moskau, 5. März. Die „Moskauer Zeitung“ hebt die Bedeutung der Versekung Orloffs nach Berlin hervor. Dieselbe sei ebenso wie die jüngste Entsendung einer Deputation der Georgsritter nach Berlin ein getreuer Ausdruck der zwischen Rußland und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen. Orloff, welcher das besondere Vertrauen des Zars genieße, erfreue sich ebenfalls des Vertrauens des Kaisers Wilhelm. Er stehe in freundschaftlichen Beziehungen zu dem leitenden deutschen Staatsmanne. Der Artikel schließt, Europa bedürfe jetzt vor allem Garantien für seine innere Sicherheit; eine der besten derselben sei das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Rußland.

Türkei.

Konstantinopel, 5. März. Die türkischen Seebehörden haben unter Androhung von Strafe den Befehl erhalten, von allen in türkischen Häfen einlaufenden Schiffen die Visa der türkischen Konsuln in den Abgangshäfen für die Gesundheitspatente zu verlangen.

Nordamerika.

New-York, Ende Febr. Soeben ist der 2. Hauptband des 1880er Volkszählungswerkes erschienen und bringt eine interessante statistische Zusammenstellung über den Werth alles Eigenthums in den Vereinigten Staaten und über das in den geschäftlichen Unternehmungen angelegte Kapital. Es ergibt sich daraus, wie man dem „Schw. W.“ berichtet, daß der Gesamtreichthum zusammengekommen (soweit sich dies durch die Erhebungen der

Zählungsbeamten hat ermitteln lassen), auf 43,642 Mill. Doll. sich belaufen hat, oder im Durchschnitt auf ungefähr 873 Doll per Kopf der Bevölkerung. Das in geschäftlichen Unternehmungen (Industrie und Handel) angelegte Kapital belief sich auf 8177 Mill. Doll. und die Anzahl der selbständigen Geschäftstreibenden auf 703,328. Demnach ist also nahezu ein Fünftel (18 1/2 Proz.) des Gesamtvermögens als Kapital in geschäftlichen Unternehmungen angelegt. Natürlich ist dieses Kapital unter die verschiedenen Staaten sehr verschieden vertheilt. Die Mittelstaaten zusammen haben ungefähr 34 1/2 Proz. des Gesamtkapitals, die Neuenglandstaaten 20 1/2 Proz., die Südstaaten 10 1/2 Proz., die westlichen Staaten über 30 Proz., die Pacificstaaten 3 1/2 Proz., die Gebiete und der Distrikt Columbia weniger als 1 Proz. — Die Wohlthätigkeitskommission des Staates New-York beschwert sich in ihrem Jahresbericht über die Zunahme der Armeinwanderung. Es sind im Verhältniß zur Gesamteinwanderung aber doch nur wenige Personen, welche gleich bei der Einwanderung den Staatsbehörden zur Last fielen, die sie dann mittelst der Wohlthätigkeitskommission dahin zurückschickten, wo sie hergekommen waren. Allein die Kommission legt besonderen Nachdruck darauf, daß die Zahl solcher Personen, wenn auch noch nicht sehr groß, doch in der Zunahme begriffen ist, und man dieses nicht aufkommen lassen dürfe. Das Staatsgesetz, unter welchem die Kommission diese Funktion übernahm, trat am 1. Juli 1880 in Kraft. Von da bis zum 30. Sept. 1881 schickte die Kommission 65 und im Jahre 1881 bis 1882 48 Personen zurück, so daß mit den 69 im Jahre 1883 182 dieses Schicksal hatten. Selbstverständlich umschließen diese Ziffern nicht die Personen, welche die Einwanderungsbehörden gar nicht landen ließen. Von den 69, die im letzten Jahre zurückgeschickt wurden, kamen 47 aus Großbritannien, 20 aus Deutschland, 1 aus Holland und 1 aus Rußland; 27 waren von Angehörigen, 17 von Gemeinden, 16 von Gesellschaften und 8 von Vormündern hinübergeschickt worden.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. März.

Heute Vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Geheimrath Ellstätter zur Vortragserrichtung. Sodann haben Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin den Prinzen zu Salm-Reiferscheid, welcher dormalen in Straßburg die Universität besucht, sowie den Prinzen Friedrich Karl zu Hohenlohe-Dehringen, welcher aus Schlessien hierher zurückgekehrt ist, empfangen.

Nachmittags nahm der Großherzog verschiedene Vorträge entgegen und empfing dann den Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg zur Vortragserrichtung.

(Geschenk Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs.) Aus Veranlassung des vorjährigen Luther-Jubiläums ist ein Unternehmen in's Leben getreten, welches in der Luther-Literatur eine ganz hervorragende Stellung einnimmt. Die Hermann-Biblische Verlagsanstalt in Weimar hat nämlich eine neue kritische Gesamtausgabe von Dr. Martin Luthers Werken veranstaltet, welche durch die mit der Redaktion und Revision beauftragten Gelehrten die Bichtigkeit der Vollständigkeit und unbedingten Nichtigkeit bietet. Dieselbe ist auf etwa 35 Bände berechnet, von denen jährlich 3 bis 4 erscheinen sollen, die Lieferung kann darnach in 10 bis 12 Jahren vollendet sein. Vor kurzem ist der erste Band der Deffentlichkeit übergeben worden, und zwar so, daß die kritische Behandlung der darin mitgetheilten Luther-Schriften und die buchhändlerische Ausstattung allgemeine Anerkennung finden. Wir sind in der Lage, mitzutheilen, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog je ein Exemplar dieses kostbaren, in kirchlicher und wissenschaftlicher Beziehung hochbedeutenden Werkes der Prälaten, dem Hofpfarramt und dem Predigerseminar in Heidelberg zu stiften die Gnade gehabt haben und daß der bezeichnete erste Band desselben bereits auf Anordnung Höchstselben den gegenwärtigen Inhabern besagter kirchlicher Aemter, beziehungsweise der Seminarbibliothek angedeihend worden ist. Es ziemt sich, der Dankbarkeit für diese hochherzigen Gaben hiermit auch öffentlich einen ehrerbietigen und freudigen Ausdruck zu geben.

Schm. (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung vom 4. März.) Zur Verabreichung kommt der Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Wirtschaft und des Grundstocks der Stadt für das Jahr 1884. Der Voranschlag enthält die Genehmigung. Nach demselben werden die Gemeindegeldumlagen im laufenden Jahr betragen von je 100 Mark: von Grund- und Häusersteuer-Kapital 22 Pf. gegen 25 Pf. im Jahre 1883, von Erwerbsteuer-Kapital Art. 1 A. 17,6 Pf. gegen 18,5 Pf. im Jahre 1883, von Erwerbsteuer-Kapital Art. 1 B. 13,2 Pf. gegen 13,9 Pf. im Jahre 1883, von Kapital-Rentensteuer-Kapital 7,7 Pf. gegen 8 Pf. im Jahre 1883.

* (Badische Pferdeversicherungs-Anstalt.) Nach dem Jahresbericht pro 1883 kamen an neuen Versicherungen zum Abschluß 665 neue Mitglieder mit 1075 versicherten Pferden und einem Versicherungskapital von 573,770 M., so daß der Gesamtbestand Ende Dezember 1883 2769 Mitglieder mit 5155 Pferden und ein Versicherungskapital von 2,415,315 M. ergibt. Der Gesamtaufwand für Entschädigungen für 209 Pferde betrug 75,247 M. 65 Pf.

A Mannheim, 5. März. (Kunstverein. Vortrag. Landwirtschaftl. Versammlung.) Das heute ausgestellte Gemälde von Professor Karl Hoff, „Goldene Hochzeit“, zieht eine Menge von Besuchern in die Räume des Kunstvereins, dessen permanente Ausstellung auch außer diesem hervorragenden Werke eines Sohnes unserer Stadt gegenwärtig von Künstlern Karlsruhe's und Münchens reich besetzt ist. In den letzten Tagen sind einige Käufe von Kunstliebhabern im Betrage von etwa 3000 M. abgeschlossen und stehen weitere in Aussicht, da man sich von der im April beginnenden Ausstellung des Rheinischen Turnus weniger verspricht. Der soeben erschienene 21. Jahresbericht des Kunstvereins bringt eine interessante Uebersicht über die Gesamteinnahmen und Ausgaben während der Jahre 1884—1883, wonach in diesen 50 Jahren bei einer Durchschnittszahl von 684 Mitgliedern und einer Einnahme von 420,000 M.

für Kunstwerke 321,000 M. verausgabt werden konnten. Durch die jährlichen Verlosungen gelangten 640 Delgemälde, 2320 Stücke, Lithographien und sonstige Kunstwerke in den Besitz der Mitglieder. Die der Obhut des Kunstvereins anvertraute städtische Sammlung besteht aus der Karl Rung'schen Sammlung, Stiftung des Generalleutnants Rung in Karlsruhe; zehn größeren, in den letzten Jahren von der Stadt angekauften Gemälden und der reichhaltigen Bilderammlung des kürzlich verstorbenen Rentners James Emden, um deren Aufstellung sich Galerieleiter Rouz besondere Verdienste erworben hat. — Gestern beschloß Professor Mathy mit einem Vortrag über „Alexander den Großen und seine Schöpfung“ den Cyklus seiner interessanten Vorträge, die er während des Winters über alt-hellenische Geschichte und Literatur vor einem gewählten Hörerkreis gehalten hat. — In der letzten Sitzung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Mannheim wurde die Rechnung für 1883 und das Budget für 1884 genehmigt und die Anlage einer Obstbaum-Schule im Umfange von drei Morgen neben der Kompostfabrik beschlossen. Ueber die richtige Auswahl des Obstes (für Mannheim sind Apfel und Zwetschgen am geeignetsten) und zweckentsprechende Anlage einer Baumschule hielt vorher der Vorstand der Obstbaum-Schule, Herr Nerlinger, einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag.

Bogberg, 2. März. (Vorschussverein.) Heute fand die Generalversammlung des Vorschussvereins Bogberg, e. S., statt. Dem vorgetragenen Rechenschaftsbericht entnehmen wir Folgendes: Der Gesamtumsatz belief sich auf 1,692,749 M. Das Betriebskapital des Vereins, bestehend aus den Stammmitteln der Mitglieder, dem Reservefond, dem Darleihen nebst Contocorrent, beträgt 166,497 M. Es sollen 5 1/2 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen. Die Zahl der Mitglieder war am Schlusse des vorigen Rechnungsjahrs 551.

* Bühl, 5. März. (Ein Kennverein) hat sich hier gebildet, der bei der landwirtschaftlichen Ausstellung ein Kennen veranstalten will. Der Verein zählt 60 Mitglieder.

Offenburg, 5. März. (Telegraphisches Gewerbeverein.) Als großer Mißstand wurde seither empfunden, daß Offenburg mit Frankfurt und dem Norden Deutschlands überhaupt durch eine direkte Telegraphenleitung nicht verbunden war. Alle aus Konstanz, Freiburg und Offenburg kommenden für Frankfurt bestimmten Depeschen mußten in Karlsruhe abgeschrieben werden. Diefem Mißstand soll nun durch eine neue direkte Leitung Konstanz-Frankfurt a. M. abgeholfen werden, indem, wie man uns mittheilt, schon in dem nächsten Reichspost- und Telegraphenvoranschlag eine Summe hierfür in Ansatz gebracht wurde. — In der letzten Hauptversammlung des hiesigen Gewerbevereins fanden u. a. Berichterstattung über das abgelaufene Vereinsjahr und Vorstandswahl auf der Tagesordnung. Die nach den Satzungen auszuwählenden Vorstandsmitglieder, N. Rahm als Vorsitzender, Bührer als Schriftführer und die Ausschussmitglieder R. Bühler, J. Jennemlein, M. Trischler, Fr. Vogel wurden wieder gewählt, als sechstes Ausschussmitglied wurde B. Seimacht bestimmt. Die Gewerbeausstellung in Laß und deren Besichtigung bildeten den Gegenstand lebhafter Besprechung. Im Anschlusse hieran kam der Wunsch zum Ausdruck, der Vorstand möge die Gründung eines eigenen Gewerbevereins für Offenburg, Oberkirch, Rehl, Willstett u. a. D. mit Anschluß an den Landesverband anstreben.

Rehl, 5. März. (Vortrag.) Vor einem zahlreichen Hörerkreise hielt Herr Amund Soega gestern Abend einen Vortrag über die La-Plata-Staaten, Brasilien und Mexico, und schilderte eingehend Kulturverhältnisse, Bodenbeschaffenheit und Klima dieser Länder. Von hervorragendem Werth war seine Darstellung unter Bezugnahme auf die etwaige Möglichkeit deutscher Ansiedelungen und Gründung deutscher Kolonien in jenen unermeßlichen Gebieten mit besonderer Hinweisung auf die fruchtbaren Ländereien Brasiliens, wo der Riesende große, von Nachkommen deutscher Ansiedler bewohnte Bezirke fand, wie z. B. Rio Grande del Sul, in denen noch jetzt die deutsche Sprache die vorherrschende sei. Nach einstiger Besiedelung der nordamerikanischen Staaten werden auch jene Ländereien von der Ansiedelung aufgesucht werden.

Soumdorf, 5. März. (Wahl.) Bei der gestern stattgehabten Wahl eines Bürgermeisters, bei welcher von 174 Wahlberechtigten 106 abstimmten, wurde Herr Sattlermeister und Waffenrichter Ferdinand Feindler mit 64 Stimmen gewählt. 30 Stimmen fielen auf Hrn. Kaufmann Reinhard Maier. Der Gewählte hat die Wahl angenommen.

Theater und Kunst.

(Groß. Hoftheater.) In Karlsruhe. Freitag, 7. März. 32. Ab-Vorst.: Roderich Keller, Lustspiel in 5 Akten, von Franz v. Schönthan. Anfang 1/27 Uhr.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 6. März. 47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Staatsminister Turban, Ministerialdirektor Eisenlohr, Ministerialrath Fr. Wielandt. Die Einläufe werden wir zugleich mit dem ausführlichen Bericht bekannt geben.

Auf Vorschlag des Präsidenten Lamey beschließt das Haus, den Gesetzentwurf, die Staatsbeiträge zu den Gehalten der Volksschul-Lehrer betr., an die Kommission zu verweisen, welche zur Verabreichung des Gesetzentwurfs, die Rechtsverhältnisse der an Lehr- und Erziehungsanstalten von Korporationen oder Stiftungen verwendeten Schulkandidaten betr., seinerzeit gebildet wurde. Dieselbe besteht aus den Abgg. Vogel, Kirchenbauer, Krafft, Förster, Riefer, Strübe, Förderer, Wader, Meyer.

Die Tagesordnung führt hierauf zur Spezialdiskussion des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, die Städteordnung betr. — Berichterstatter ist der Abg. Winterer.

Zur Besprechung kamen im Laufe der Sitzung die §§ 10, 11, 14, 19 b., 19 d., 21, 22, 23, 26, 27, 28 des Art. I. — Eine ausführlichere Diskussion entwickelte sich bei Verabreichung der §§ 19 b., 19 d., 27 und insbesondere über § 28. — Schließlich gelangten bezüglich aller dieser Paragraphen die Kommissionsanträge zur Annahme. — Wir heben unter denselben einstweilen den zu § 28 gestellten Antrag hervor, wonach gegen Entschliessungen der Verwaltungsbehörden, welche die Dienstentlassung aussprechen,

nicht, wie die Regierungsvorlage beantragte, bloß den beforderten, sondern auch den unbeforderten Gemeindebeamten das Recht zustehen solle, im Wege der Klage eine Entschädigung des Verwaltungsgerichtshofs herbeizuführen.

Vor Schluß der Sitzung fragt der Abg. Lander an, welche Absichten die Groöhh. Regierung hege bezüglich der Fortdauer der Beratungen des Landtages bezw. Vertagung desselben, nachdem der Reichstag auf heute einberufen worden sei.

Staatsminister Turban: Die Groöhh. Regierung sei der Meinung, daß die Erledigung der ihr gemeinsam mit den Ständen obliegenden Aufgaben ein so dringendes Bedürfnis sei, daß eine Unterbrechung der Verhandlungen nicht eintreten könne, so sehr dies auch im Hinblick auf die Eröffnung des Reichstages zu beklagen sei.

Man befände sich bereits im dritten Monat der neuen Budgetperiode und doch sei das Finanzgesetz noch nicht fertiggestellt. In das Budget seien erhebliche Anforderungen für die Ausführung bedeutender Unternehmungen eingestellt, die Arbeitskräfte ständen bereit und im Lande bestünde der Wunsch, es möchten jene Unternehmungen bald in Angriff genommen, damit aber auch der auf Erwerb ihres Lebensunterhalts angewiesenen Bevölkerung diese Gelegenheit zum Verdienst nicht länger vorenthalten werden. Es sei daher die ungesäumte Erledigung des Budgets dringend zu wünschen.

Auch andere Entwürfe von großer Bedeutung lägen den Ständen vor, auf deren baldige Erledigung hingearbeitet werden sollte.

Man befände sich somit in einer Zwangslage, welcher man sich nicht entziehen könne, wie sehr auch die Groöhh. Regierung mit den Kammeren deren Vorhandensein zu beauern habe. Immerhin werde man annehmen dürfen, daß in den Plenarverhandlungen des Reichstages Unterbrechungen eintreten würden, während denen diejenigen Mitglieder des Hohen Hauses, welche zugleich Reichstags-Abgeordnete seien, gewiß nicht säumen würden, in Betätigung ihres patriotischen Sinnes von Berlin hierher zu reisen, um an den Verhandlungen des Landtages Theil zu nehmen.

Der Abg. Schneider (Karlsruhe) stimmt der Anschauung des Herrn Staatsministers, daß vorerst eine Vertagung nicht eintreten solle, durchaus zu und bemerkt, es könnten diejenigen Mitglieder des Hauses, welche zugleich dem Reichstage angehörten, während der ersten Lesung der Vorlagen des Reichstages wohl noch hier bleiben, da bei dieser eine Abstimmung nicht stattfindet. Während der zweiten Lesung dagegen werde der Landtag nicht wohl weiter tagen können und deshalb erwachse wohl die Nothwendigkeit, unter den vorhandenen Gesetzesvorlagen diejenigen zunächst zur Berathung zu bringen, welche die wichtigsten seien. Zu diesen rechne Redner auch den Einkommensteuergesetz-Entwurf.

Abg. Kiefer: Baden habe gerade was das gleichzeitige Tagen der beiden parlamentarischen Versammlungen anlangt, stets dem Reichstage gegenüber seine Loyalität an den Tag gelegt. Jetzt eine Vertagung der Landtags-Verhandlungen eintreten zu lassen, sei nicht möglich. — Eine Ausscheidung unter den vorhandenen Vorlagen würde wohl nur in der Weise eintreten können, daß die Groöhh. Regierung die eine oder andere Vorlage zurückziehe.

Präsident Lamey: Vor allem müsse das Budget unbedingt erledigt werden. Sei das Finanzgesetz fertiggestellt, dann werde man weiter erörtern, ob auch die übrigen Vorlagen sofort zu beraten seien oder Vertagung einzutreten habe. Jedenfalls müßten die Kommissionsarbeiten inzwischen fortgesetzt werden, damit sich das Haus nicht im Falle einer etwaigen Vertagung sofort nach dem Wiederzusammentreten abermals zu vertagen genöthigt sehe.

Schluß der Sitzung 12¹/₂ Uhr.
* 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 8. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Kommission über den Gesetzentwurf, die Städteordnung betr. Berichterstatter: Abg. Winterer. 3) Mündliche Berichterstattung des Abg. Winterer namens derselben Kommission über den Gesetzentwurf, die Umrechnung der in den Gemeindegesetzen enthaltenen Werthbestimmungen in die Reichswährung betr., und Berathung desselben.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 6. März. Der Reichstag ist heute Mittag mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren! Seine Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, Sie bei dem Beginn Ihrer Beratungen willkommen zu heißen. Die bedeutsamste Aufgabe des Reichstages liegt auch für die bevorstehende Session auf dem Gebiete der social-politischen Gesetzgebung. Der zu wiederholten Malen feierlich und mit besonderem Nachdruck ausgesprochene Wunsch Seiner Majestät des Kaisers, die wirthschaftliche und sociale Lage der Arbeiter durch organische Gesetze zu heben und dadurch den Frieden unter den Bevölkerungsklassen zu fördern, hat im deutschen Volke volles Verständniß gefunden. Die Verhandlungen über das im vergangenen Jahre — dank Ihrer hingebenden Mitarbeit — zu Stande gekommene Krankenversicherungs-Gesetz haben den erfreulichen Beweis geliefert, daß der Reichstag sich mit den verbündeten Regierungen in dem Bewußtsein der Bedeutung und Dringlichkeit der erstrebten socialen Reformen begegnet. Der nächste Schritt auf diesem Gebiete besteht in der endlichen gesetzlichen Regelung der Fürsorge für die durch Betriebsunfälle verunglückten Arbeiter und deren Hinterbliebenen.

Nachdem auch der im Frühjahr 1882 Ihnen vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungs-Gesetzes zum le-

gislatorischen Abschluß nicht gelangt war, ist derselbe unter Berücksichtigung der aus dem bisherigen Entwicklungsgange geschöpften Erfahrungen nochmals einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Derselbe hat zu dem Plane einer anderweitigen Ausgestaltung der in Aussicht genommenen berufsgenossenschaftlichen Organisationen der gewerblichen Unternehmer auf der Grundlage ausgebreiteter Selbstverwaltung, sowie einer erweiterten Theilnehmung der Arbeiter behufs Wahrung ihrer Interessen geführt. Die auf diese Grundlagen gestellte neue Vorlage wird Ihnen unverzüglich zugehen. Für die Erledigung derselben hat der Reichstag durch die frühzeitige Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1884/85 die erwünschte geschäftliche Freiheit gewonnen. Nach dem Zustandekommen des Unfallversicherungs-Gesetzes wird es unsere Aufgabe sein, auf entsprechende organisatorischer Grundlage eine befriedigende Ordnung der Fürsorge für die durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werdenden Arbeiter anzustreben. Die Erfüllung dieser Pflicht gegen die arbeitende Bevölkerung soll in dieser die Segnungen der friedlichen Entwicklung des gemeinsamen Vaterlandes zum vollen Bewußtsein bringen, damit den auf den Umsturz göttlicher und menschlicher Ordnung gerichteten Bestrebungen revolutionärer Elemente der Boden entzogen und die Beseitigung der erlassenen Ausnahmegesetze angebahnt werde. Die verbündeten Regierungen werden ihrerseits bemüht sein, auf diesem Wege den Erwartungen und Zusagen zu entsprechen, welche die Vorbereitung und den Erlaß des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 begleiteten. In der Hoffnung auf Ihre erfolgreiche Mitwirkung an diesem Werke werden die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung zu einer Verlängerung jenes Gesetzes, dessen Geltung mit dem 30. September d. J. abläuft, nachsuchen.

Durch das Krankenversicherungs-Gesetz werden einige Abänderungen des Hilfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 bedingt. Es wird Ihnen daher der Entwurf einer entsprechenden Novelle zu diesem Gesetz vorgelegt werden.

Die bei der Gründung und Verwaltung von Aktiengesellschaften hervorgetretenen Ausschreitungen und die dadurch herbeigeführten Schädigungen des Volkswohlstandes haben das Vertrauen in die bestehende Aktiengesetzgebung erschüttert. Nach der in der Sitzung des Reichstags vom 27. März 1873 gegebenen Anregung ist die Erkenntniß von der Nothwendigkeit einer Abänderung des Gesetzes vom 11. Juni 1870 in weiten Kreisen zur Anerkennung gelangt. Der in Folge dessen aufgestellte Gesetzentwurf, welcher Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußfassung unterbreitet werden wird, bezweckt die Abstellung der hervorgetretenen Mißstände und nimmt zu diesem Ende insbesondere die Verschärfung der Verantwortlichkeit aller bei der Gründung, Leitung und Beaufsichtigung von Aktienunternehmungen beteiligten Personen, sowie die Herbeiführung einer wirksamen Kontrolle über die Verwaltung der Aktiengesellschaften in Aussicht.

Die im Jahre 1882 dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwürfe, welche die Zuwendung der durch das Gesetz vom 20. April 1881 den Wittwen und Waisen der Reichsbeamten gewährten Fürsorge auch an die Hinterbliebenen von Angehörigen des Reichsheeres und der Marine, sowie im Anschlusse an das in Preußen geltende Pensionsrecht eine Verbesserung des Pensionswesens für Reichsbeamte und Offiziere in Aussicht nahmen, sind damals zur Verabschiedung nicht gelangt. Die Verhältnisse, welche zu diesen Entwürfen geführt haben, bestehen unverändert fort und wird der Inhalt derselben Ihren Beschüssen von neuem unterbreitet werden.

Unter dem fortgesetzten Bemühen, den Erzeugnissen unserer Literatur und des heimischen Kunstfleißes auch außerhalb der Grenzen des Reichs in immer weiterem Umfange eine durch Rechtsschutz gesicherte Verbreitung zu gewährleisten, sind mit Belgien zwei Verträge über den gegenseitigen Schutz der Rechte an Werken der Literatur und Kunst, sowie über den gegenseitigen Schutz der ge-

werblichen Muster und Modelle vereinbart worden. Derselben werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Genehmigung zugestellt werden.

Die Beziehungen des Reichs zum Auslande bilden für Seine Majestät den Kaiser einen Anlaß hoher Befriedigung, besonders im Rückblick auf alle Befürchtungen und Vorhersagungen, welche nach der Neubildung des Deutschen Reichs den friedliebenden Charakter seiner Politik in Zweifel gestellt haben. Die Gleichheit der friedliebenden Gesinnung, welche die uns benachbarten und befreundeten Mächte beseelt, begründet zwischen ihnen und uns eine Solidarität, welche die Erhaltung des Friedens nicht nur für Deutschland nach menschlicher Voraussicht als gesichert erscheinen läßt. Die Befestigung der ererbten Freundschaft, welche Deutschland und seine Fürsten mit den benachbarten Kaiserhöfen verbindet, und die Aufnahme, welche Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz in Vertretung Seiner Majestät des Kaisers in Italien und Spanien gefunden hat, beweisen, daß dem Ansehen der deutschen Nation im Auslande das Vertrauen der Fürsten und der Völker auf unsere Politik zur Seite steht. Seine Majestät der Kaiser rechnet darauf, sich dieses Vertrauen und Deutschland den Frieden mit Gottes Hilfe zu erhalten.

Berlin, 6. März. Sitzung des Reichstags. Der bisherige Präsident v. Lenebow eröffnet die Sitzung. Eingegangen ist die Vorlage betr. die Unfallversicherung der Arbeiter, sowie ein Schreiben des Reichskanzlers Fürst Bismarck, welcher mittheilt, daß der Abgeordnete Richter (Mühlradlitz) wegen Majestätsbeleidigung zu sechsmonatiger Gefängnißstrafe und zum Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Aemter verurtheilt sei. Morgen ist die Präsidentenwahl.

Berlin, 6. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt die Nachricht von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Kultusministers für jeder thatsächlichen Begründung entbehrend, in amtlichen Kreisen liege nichts vor, was der Nachricht als Unterlage dienen könnte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ glaubt deshalb nicht fehl zu gehen, wenn sie annimmt, daß in jenen Gerüchten nur Wünsche und Parteibestrebungen zum Ausdruck gelangten.

Elberfeld, 6. März. Die „Elberfelder Zeitung“ berichtet über dem Verdacht der Veranstaltung der am 4. September 1883 in dem hiesigen Restaurant Willemsen stattgehabten Dynamitexplosion stehende Weber Karl Bachmann aus Thüringen gestand die Verübung des Verbrechens ein. Infolge dessen sind ein hiesiger Schriftsetzer und zwei hiesige Fabrikarbeiter verhaftet.

Konstantinopel, 6. März. Die Pforte erneuerte die Vollmachten für Photiades Pascha als Gouverneur von Kreta.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. G e s c h l i e ß u n g. 6. März. David Schemmel von Feldrennack, Rutscher hier, mit Marie Doll von Heidelberg. T o d e s f a l l. 5. März. Gustav Franzmann, Chem., Karlsruhe, 70 J.

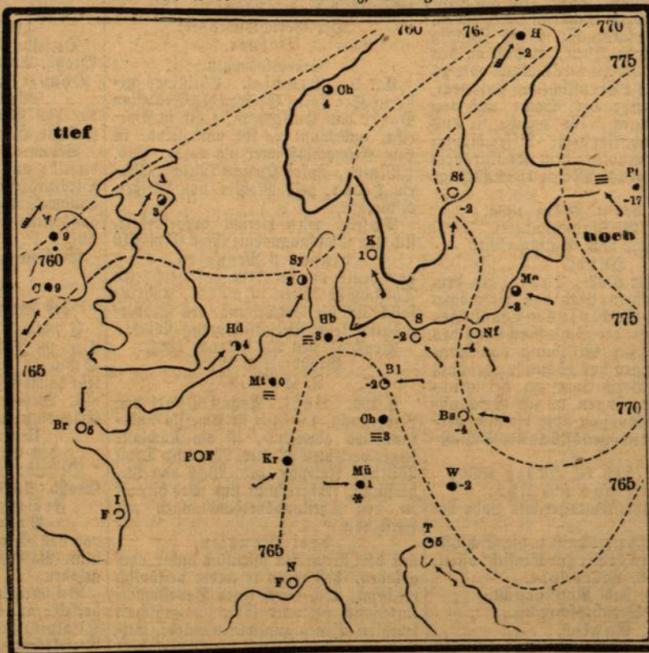
Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

| | Barom. mm | Thermom. in C. | Absolute Feucht. in mm | Relative Feuchtigk. in % | Wind. | Himmel. |
|------------------------------|--------------|-------------------|------------------------------|--------------------------------|-----------------|---------|
| März | | | | | | |
| 5 Nachts 9 Uhr ¹⁾ | 754.0 | + 7.8 | 6.2 | 79 | SW ₁ | bedeckt |
| 6 Morgs. 7 Uhr ²⁾ | 754.5 | + 4.8 | 6.0 | 94 | SW ₀ | „ |
| „ Mitts. 2 Uhr | 753.1 | + 7.8 | 4.6 | 59 | N ₀ | „ |

¹⁾ Regen. ²⁾ Regen = 12.8 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 6. März, Morgs. 3.20 m, gefallen 3 cm.

Wetterkarte vom 6. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Eine kühle niederen Luftdruck erstreckt sich vom nordwestlichen Deutschland südwärts über die Alpen hinaus und scheidet das Gebiet schwacher nordwestlicher Luftströmung mit trübem regnerischem oder nebligem Wetter im Westen von demjenigen schwacher südlicher Winde mit heiterer trockener Witterung im Osten. Die Temperatur ist durchschnittlich wenig verändert, die Westgrenze des Frostgebietes erstreckt sich etwa von Kopenhagen nach Wien. In Süddeutschland ist allenthalben, in Norddeutschland vielfach Regen gefallen.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 6. März 1884

| Staatspapiere. | | Wechsel. | |
|--|---------------------------------|----------------------|---------------------------------|
| 4% Reichsanleihe | 103 | Frankfurt | 161 ¹ / ₂ |
| 4% Preuß. Conf. 102 ¹ / ₂ | 102 ¹ / ₂ | Nordwestbahn | 161 ¹ / ₂ |
| 4% Baden in fl. 101 ¹ / ₂ | 101 ¹ / ₂ | Elbthal | 167 ¹ / ₂ |
| 4% „ i. Met. 102 ¹ / ₂ | 102 ¹ / ₂ | Medlenburger | 194 ¹ / ₂ |
| Decker. Goldrente 86 ¹ / ₂ | 86 ¹ / ₂ | Ober-Schlesische | 275 |
| Silber. 68 ¹ / ₂ | 68 ¹ / ₂ | Rechte-Oberrufer | 195 |
| 4% Ungar. Goldr. 77 ¹ / ₂ | 77 ¹ / ₂ | Gotthard | 96 ¹ / ₂ |
| 1877er Russen | — | Koosje, Wechsel etc. | — |
| II. Orientanleihe 58 ¹ / ₂ | 58 ¹ / ₂ | Def. Koosje 1880 | 120 ¹ / ₂ |
| Italiener | 94 ¹ / ₂ | Wechsel a. Amst. | 169.80 |
| Ägypter | 66 ¹ / ₂ | „ „ Lond. | 20.51 |
| | | „ „ Paris | 81.22 |
| | | „ „ Wien | 168.80 |
| Banken. | | Kreditaktien | |
| Kreditaktien | 278 ¹ / ₂ | Napoleon'sdor | 16.20 |
| Disconto-Comm. | 263 ¹ / ₂ | Privatdisconto | 2 ¹ / ₂ |
| Basler Bankver. | 125 ¹ / ₂ | Bad. Zuckerfabrik | 123.12 |
| Darmstädter Bank | 157 ¹ / ₂ | Altali Wechsel. | 159.87 |
| Wien. Bankverein | 97 ¹ / ₂ | Mag. Börse | — |
| Bahntaktien. | | Kreditaktien | |
| Staatsbahn | 267 | Staatsbahn | 277 ¹ / ₂ |
| Lombarden | 122 | Lombarden | 286 ¹ / ₂ |
| Galizier | 254 | Tendenz: still. | 121 ¹ / ₂ |

| Berlin. | | Wien. | |
|-----------------|--------|--------------|--------|
| Def. Kreditakt. | 556.— | Kreditaktien | 322.50 |
| „ Staatsbahn | 534.— | Marktnoten | 59.20 |
| Lombarden | 247.50 | Tendenz: — | — |
| Disco.-Comman. | 203.40 | Paris. | — |
| Laurahütte | 111.40 | 5% Anleihe | 105.92 |
| Dortmunder | 83.10 | Spanier | 60.60 |
| Marienburg | 83.60 | Ägypter | 334 |
| Böhm. Nordbahn | — | Ottomane | 644 |
| Tendenz: — | — | Tendenz: — | — |

Todesanzeige.

D. 321. Karlsruhe. Heute verschied nach zweijähriger Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Nefse

Franz Kamm im Alter von 19 Jahren. Verwandte und Freunde benachrichtigen wir hieron mit der Bitte um stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 6. März 1884. Im Namen der Hinterbliebenen: Edmund Kamm, Oberlandesgerichtsrath.

Stipendievergebung.

D. 316.1. Nr. 1238. Heidelberg. Die Vergebung der Erträge der Stiftung der Frau Pfarrer Dr. Jüllig Ww. in Heidelberg für 1883/84 betr.

Auf den 20. April d. J. werden die Zinsen aus der Stiftung der Frau Pfarrer Dr. Jüllig Wittve für 1883/84 zur Vertheilung fällig.

Die fällige Bürgerstipendie, welche studirenden oder sonst ein ehrenhaftes Gewerbe erlernenden und deshalb an dieser Stiftung genussberechtigt zu sein glauben, werden aufgefordert, ihre Gesuche um Berücksichtigung bei der Zinsvertheilung bis zum 20. März d. J. schriftlich bei uns einzureichen.

Den Gesuchen, welche von den Gesuchstellern selbst mit Angabe ihrer Wohnort geschrieben sein müssen, sind außer den Zeugnissen über Aufführung und Befähigung auch die Schulzeugnisse der Betheiligten anzuschließen, da dieselben sonst so wenig berücksichtigt werden könnten, als Handwerkslehrlinge, welche nicht die Gewerbeschule besuchen.

Heidelberg, den 1. März 1884. Der Stadtrath. Bilabel. Webel.

Das Institut Rauscher in Stuttgart.

dessen Reifezeugnisse zum Einjähr-Dienst im deutschen Reichsheer berechnen, bereitet schnell und mit offiziell nachweisbarem Erfolg auch vor für das **Einjährigen-Ex.** vor der Commission, das **Führer-Ex.** für **Heer & Marine**, das **Post- & Eisenbahn-Ex.** sowie das **humanistische Abiturienten-Ex.** — **Kaufmännischer Cursus von 6 & 12 Monaten.** C. 822.1.

Ein Gärtner,

led., 29 J. a., in allen Branchen durchaus erfahren, mit den besten Zeugnissen, sucht Stelle als **Privatgärtner.** Derselbe ist auch der engl. Sprache mächtig und kann, wenn verlangt, Kautions stellen. Gefl. Off. unter F. 874 Q. wollen an **Haasenstein & Vogler in Freiburg i. S.** eingelaufen werden. C. 828.

Pferdeverkauf.

D. 313.1. Aus dem Nachlass des verstorbenen Arztes Dr. Merkert in Harbheim verkauft die Wittve desselben um annehmbaren Preis 2 ganz gleiche Pferde, 4 1/2 Jahre alt, Rothschimmel, mittl. Größe, gesund, flüchtig und lammstromm. Für Herrschaften od. einen Arzt sehr zu empfehlen. Zwischenhändler bleiben ausgeschlossen. Kaufliebhaber mögen sich direkt wenden an die Wittve **K. Merkert in Harbheim** bei Wallbüren.

Van Houten's

zweites lösliches **CACAO** feinsten Qualität. Bereitung „augenblicklich“. Fabrikanten C. J. van Houten & Zoon, Weesp in HOLLAND. Zu haben in den meisten feinen Delicatessen-, Colonialwaren- u. Droguenhandlungen. In Dosen 1/4 Ko. à M. 3.30, 1/2 Ko. à M. 1.80 u. 1 Ko. à M. 0.95. Preise bitte zu beachten.

Hausversteigerung.

Auf Antrag der Eigenthümerin werden die zwei zusammengehörigen Häuser Nr. 2 in der Carl-Friedrichstraße und Nr. 14 am Schloßplatz, welche sich bei ihrer vorzüglichen Lage sowohl zu freundschaftlichen Wohnungen, wie zum Betrieb von Geschäften eignen, am Mittwoch dem 12. März, Vormittags 11 Uhr, in meinem Amtszimmer — Kaiserstraße 171 — wo indessen die näheren Bedingungen eingehend werden können, öffentlich zu Eigentum versteigert, wobei der Zuschlag endgültig erfolgt, wenn das höchste Gebot (für beide Häuser zusammen) mindestens 120000 M. beträgt. Karlsruhe, den 4. März 1884. Ewin, Großh. Notar.

Karlsruhe.

Kurschenschafts = Kommerz

Samstag den 8. März, Abends 8 Uhr, im großen Eintrachtsaale. Der vorbereitende Ausschuss.

10 Preis-Medallien und Ehren-Diplome. Die Firma **Ed. Loeflund in Stuttgart** empfiehlt ihre Specialitäten: **Loeflund's Malz-Extracte.** Malz-Extract, reines, gegen Husten, Catarrh, Heiserkeit, Keuchhusten, Brustleiden. Eisen-Malz-Extract, gegen Bleichsucht, Blutarmuth, auch bei Kindern zu empfehlen. Kalk-Malz-Extract, für knochen-schwache scrophulöse Kinder u. spec. f. Lungenleidende. Chinin-Malz-Extract, als diät. Kräftigungsmittel für Frauen u. Reconvalescenten. Leberthran-Malz-Extract, sehr beliebte u. leicht verdauliche Mischung. **Loeflund's Malz-Extract-Bonbons** Preis 20 u. 40 J., die wirksamsten u. angenehmsten Hustenbonbons. In allen Apotheken läßt zu haben. Prospecte gratis.

Stammholz-Versteigerung.

Die hiesige Gemeinde versteigert aus ihrem Gemeindegeld „Ulmbach“ mit Vorfrist bis 1. September am Montag dem 10. März l. J., Vormittags 9 Uhr, im Galtshaus zum „Döhen“ dahier folgende Bau- und Kuppelholz: 7 Nadelbaumstämme I. Klasse, 48 „ „ II. „ 75 „ „ III. „ 248 „ „ IV. „ 15 „ „ V. „ 5 „ „ „ I. „ 100 „ „ II. „ 159 „ „ III. „ 42 Stück Eichen, 37 „ Kastanien, 6 „ Erlen und 28 „ Stangen mit zusammen 495 Festmeter. Sämmtliches Holz lagert an gutem Abfuhrweg 1 Stunde von der Bahnstation Renggen und Appenweier. — Waldbüter Seebacher in Haslach wird das Holz auf Verlangen vorgezeigt. Stadelhofen, den 3. März 1884. Der Gemeinderath. Bürgermeist. Kupferer.

Bürgerliche Rechtspflege.

Konkursverfahren. D. 318. Nr. 3879. Billingen. Ueber das Vermögen des Samuel Schwab, Handelsmann von Schmieheim, a. B. hier, wird auf dessen Antrag heute am 3. März 1884, Vormittags 1/10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Waisenrichter Job. Bapt. Maurer von hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum Montag den 24. März 1884 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag den 31. März 1884, Vormittags 9 Uhr, vor Großh. Amtsgericht hier Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindegeldbesitzer zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Verbindungen in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. März 1884 Anzeige zu machen. Billingen, den 3. März 1884. Die Gerichtsschreiberei des Großh. bad. Amtsgerichts. Huber.

D. 305. Nr. 2047. Lahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gebrüder Hokenjos in Dinglingen ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen u. zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlussrechnung auf Mittwoch den 26. März 1884, Vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Lahr Termin anberaumt.

Das Schlussverzeichnis u. die Schlussrechnung liegen dahier zur Einsicht offen. Lahr, den 3. März 1884. Großh. bad. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber: Egler.

D. 310. Nr. 1622. Gernsbach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Brauntweinfabrikanten Alfred Rachmann zu Gernsbach wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen der Handelsfirma Groß

und Krause in Cottbus besonderr Prüfungstermin auf Donnerstag den 27. März 1884, Vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Gernsbach bestimmt. Gernsbach, den 29. Februar 1884. Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: Gut.

D. 323. Nr. 2361. Buchen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmanns Jakob Wolf von Buchen in Folge eines von dem Gemeindegeldbesitzer gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Veroleichstermin auf Montag den 24. März 1884, Vormittags 1/11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier selbst anberaumt.

Buchen, den 1. März 1884. Dypenheimer, Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts. Vermögensabsonderung.

D. 315. Nr. 1784. Mosbach. Die Ehefrau des Johann Freund, Thelka, geb. Götz in Weffelhausen, hat durch Rechtsanwält Jutt dahier Klage gegen ihren Ehemann auf Vermögensabsonderung erhoben. Verhandlungstermin ist auf Samstag den 19. April l. J., Vormittags 9 Uhr, vor der II. Civilkammer bestimmt.

Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht. Mosbach, den 3. März 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Landgerichts. v. Schönau.

Verfallensverfahren. D. 292. Nr. 1839. Staufen. Nachdem auf die Aufforderung vom 10. Februar 1883, Nr. 1391, Michael, Alexander und Monika Gutmann von Staufen, Xaver Treischer von Bollschweil und Hermann Ruh von Ehrenstetten keine Nachricht von sich gegeben haben, werden dieselben für verfallen erklärt und ihr Vermögen, beim Managel anderweiter bekannter geschlicher Erben, der Großh. Generalstaatskasse in Karlsruhe in fursorghchen Besitz gegeben. Staufen, den 29. Februar 1884. Großh. bad. Amtsgericht. Gieseler.

Vorstehender Beschluß wird hiedurch öffentlich bekannt gemacht. Der Gerichtsschreiber: Dufner.

Erbschaften. C. 729. Bruchsal. Christine, geborne Kirlein, Ehefrau des Sebastian Peter von Huttenheim, a. B. in Amerika, unbekannt wo sich aufhaltend, ist zum Erbschaftsbesitzer am 23. d. Mts. i. Mutter, Jakob Kirlein Wittve, Maria Helena, geb. Mohler von Weiber, mitberufen.

Dieselbe wird hiermit aufgefordert, sich zur Empfangnahme ihres Erbtheils binnen 3 Monaten von heute an bei dem unterzeichneten Theilungsbeamten zu melden, andernfalls sie bei Vertheilung des Erbvermögens keine Berücksichtigung findet. Bruchsal, den 25. Februar 1884. Großherzogl. Notar J. Ecklein.

C. 796. Bühl. August Droll von Leiberling, zur Zeit in Amerika unbekannt wo abwesend, ist am Nachlasse seiner verlebten Mutter, Wendelin Droll Wittve, Josepha, geb. Weiß von Leiberling, erberblich und wird hiermit zu den Theilungsverhandlungen mit Frist von drei Monaten mit dem Bemerkten öffentlich anher vorgeladen, daß wenn er weder persönlich erscheint, noch durch einen Bevollmächtigten sich vertreten läßt, die Erbschaft leblich den zugewiesenen würde, welchen sie zufälle, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbfalls nicht mehr gelebt hätte. Bühl, den 3. März 1884. Der Großh. bad. Notar: Liehl.

Zwangsversteigerungen.

Anfindigung.

In Sachen der Großh. Obergerichtsbereitschaft Tauberbischofsheim gegen Johann Mühlhag von Oberwittstadt, a. B. unbekannt wo in Amerika, Forderung und Vollstreckung betr., werden die nachbeschriebenen Liegenschaften des beklagten Schuldners Montag den 17. März d. J., Vormittags 10 Uhr, im Rathhaus zu Oberwittstadt öffentlich versteigert und dem Steigerer endgültig zugeschlagen, wenn der Schätzungsbetrag oder mehr geboten wird. Beschreibung der Liegenschaften. Anschlag Nr. 2293. 4 Ruthen 3/4 Fuß Krautland im Renggen . . . 32 M.

Nr. 278, 279. 7 Ruth. 7 Fuß Wiese im Schraubenthal . . . 30 M.

Nr. 1543. 30 Ruth. Acker in der Wasserhede . . . 30 M.

Nr. 2373, 75. 28 Ruth. 3 Fuß Ackerwiese im kleinen Schraubenthal . . . 112 M.

Dieson erhält der abwesende Schuldner mit dem Bemerkten Nachricht, daß der Steigerer Erlös vom Steigerer mit fünf Prozent vom Zuschlagstage an zu verzinsen und nach Verweisung baar zu zahlen ist.

Wenn der Schuldner die Vornahme der Versteigerung auf Zahlungsjaher wünscht, hat er eine schriftliche Einwilligung der Gläubiger oder eine beschlagnahmende richterliche Verfügung beizubringen. Letztere muß aber vor den letzten acht Tagen vor der Versteigerung nachgeschickt werden.

Zugleich wird derselbe aufgefordert, einen am Orte des Gerichts wohnenden Justizvollzugsbeamten aufzustellen, widerfalls alle weiteren Verfügungen mit gleicher Wirkung, als wären sie an ihn selbst geschehen, an die Gerichtsstelle angeheftet werden. Krautheim, den 3. März 1884. Der Vollstreckungsbeamte: Großherzogl. Notar Weizner.

Steigerungs = Anfindigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden die unten beschriebenen Liegenschaften der Anna Maria Röth enbacher von Fütten am Dienstag dem 18. März d. J., Mittags 12 Uhr, im Rathhaus daselbst einer zweiten öffentlichen Steigerung ausgesetzt und wird der Zuschlag erteilt, wenn das höchste Gebot auch unter dem Anschlag bleibt. Beschreibung der Liegenschaften.

1. Ein neu erbautes Wohnhaus, 2. 3 ha 92 a 49 qm Acker in 9 Item, 3. 1 ha 46 a 43 qm Wiesen in 4 Item und 4. 67 a 59 qm Wald. Stühlingen, den 16. Februar 1884. Der Vollstreckungsbeamte: Dietrich.

Erbverfallensverfahren.

C. 820.1. Nr. 1793. Säckingen. Johann Gustav Rietzschle von Karlsru, zuletzt wohnhaft daselbst, wird beklagt, als verlaubter Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Donnerstag den 17. April 1884, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Säckingen zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Landwehrgenrichts-Kommando zu Vorrath ausgestellten Erklärung verurtheilt werden. Säckingen, den 4. März 1884. Gäßler, Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts.

C. 786.3. Nr. 2096. Ettenheim. Der 23 Jahre alte Musikteiler August Schmitt von Kippenheimweiler, zuletzt daselbst wohnhaft, wird beklagt, als Wehrmann der Landwehr ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Freitag den 23. Mai 1884, Vormittags 1/9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Ettenheim (Rathhaus) zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Vorrath ausgestellten Erklärung verurtheilt werden. Ettenheim, den 28. Februar 1884. J. Beyerer, Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts.

Berm. Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Mit Bezug auf die landesherrliche Verordnung vom 7. Mai 1874 (Ges. u. Verordn. Blatt Nr. XX) wird hiermit bekannt gemacht, daß die diesjährige **Staatsprüfung der Ingenieur-Kandidaten** am 1. Mai d. J., und zwar mit der Vorprüfung beginnen wird. Die Gesuche um Zulassung sind längstens bis zum 16. April d. J. anher einzureichen. Karlsruhe, den 4. März 1884. Großh. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Eisenlohr. Baffermann.

Bekanntmachung.

Die Beförderung von Auswanderern durch den Auswanderungsunternehmer W. Steiner in Rehl betr. Die dem Auswanderungsunternehmer W. Steiner in Rehl vom 26. Juli 1881, Nr. 12444, erteilte Concession zur Vermittelung des Transports von Auswanderern wird dahin ausgedehnt, daß sie auch in Verbindung mit der Firma Steinmann und Ludwig in Antwerpen, als Vertreterin der White Cross Line, ausgeübt werden darf. Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Karlsruhe, den 3. März 1884. Großh. Ministerium des Innern. Der Ministerialdirektor: Eisenlohr. Baffermann.

Städt. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Station Hochfilzen an der Salzburger-Tyroler Linie wird mit dem 10. I. M. mit der Theilkraft von 0,257 M. pro 100 kg in den vom 25. Februar l. J. ab gültigen Ausnahmefahrplan für Eis aus Tyrol, und zwar mit Instruktion von Kuffstein aufgenommen. Karlsruhe, den 6. März 1884. General-Direktion.

Holzversteigerung.

C. 795.2. Nr. 154. Von der Großh. Bezirksforstlei Baden werden mit unverzinslicher Vorfrist bis 1. November d. J. versteigert: Montag den 10. März d. J., früh 9 Uhr, auf dem Badener alten Schlosse, aus dem Domänenwald-Abtheilungen 1 3 Balzenberg, 17 Langwaldmaite, 1 13 Eichen Schlag u. 1 14 Laubmaite; 14 Eichen III. Kl., 19 IV. Kl., 54 Buchen, 3 Ulmen, 13 Nadelbaumstämme I. Kl., 36 II., 28 III., 139 IV.; 175 Nadelstämme I. Kl., 130 II. Kl., 89 Kantenlöcher, 45 Nadelstämme, 650 Hopfenstangen I. Kl., 425 II., 500 III., 800 IV., 1175 Rebsteden, 775 Bohnensteden; Scheitholz: 438 Ster buchene, 26 eichene, 262 tannene; Büchelscholz: 88 Ster buchene, 54 eichene, 65 tannene; einige Loose unauflösbare Stodholz, 1150 buchene, 1925 gemischte, 8125 tannene Wellen und mehrere Loose Schlagraum.

Waldbüter Wessermann in Baden zeigt das Holz auf Verlangen vor. Dienstag den 11. März d. J., früh 9 Uhr, auf dem Rathhause zu Kuppenheim, aus Abth. III 13 Pilsfeldberg; 4 Eichen IV. Kl., 14 Buchen, 49 Nadelbaumstämme IV. Kl., 5 Nadelstämme, 200 buchene Buntelstangen, 55 buchene und 15 eichene Wagnerstangen, 225 Nadelstämme, 213 Ster buchene, 10 Ster tannene Scheitholz, 198 Ster buchene, 87 Ster tannene Pilsfeldberg; 1675 buchene, 1200 gemischte, 575 tannene Wellen u. 2 Loose Schlagraum.

Waldbüter Koch in Oberndorf zeigt das Holz auf Verlangen vor. Säckingen, den 4. März 1884. Gäßler, Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts.

C. 808. Nr. 357. Großh. bad. Bezirksforstlei St. Leon (bei Heidelberg) versteigert aus Domänenwald „Untere Luffhardt“ mit Vorfrist bis 1. Oktober d. J. — Samstag den 15. März 1884, Vormittags 10 Uhr beginnend, im „Eöwen“ in St. Leon in nachstehender Reihenfolge: a. Schichtnussholz 57 Ster; b. Buchen, 204 eichen Schicht, 27 eichen und 26 erten Kollenscholz; c. Wagnerstangen 5 Stück; 18 Weißbuchen, 118 Eichen u. 325 Forlen; d. Stämme u. Klöße: 263 Eichen I.-IV. Kl., 2 Rothbuchen, 9 Weißbuchen, 4 Erlen, 3 Linden und 81 Forlen I.-IV. Kl. Die Domänenwaldbüter zeigen das Holz auf Verlangen vor. Auszüge erteilt die Bezirksforstlei.

L. Z. T. C. 799.2. 9. III. 11 Uhr Trauer. 10. III. 7 U. M. III. Gr. Bef. (Mit einer Beilage.)